

XXI. Deutschlands Vereinigung und Zerfall des Ostblocks

Entstehung von Rechtsstaaten im östlichen Mitteleuropa

Am Abend des 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Es war das äußere Zeichen für den inneren Zerfall der DDR, der auch ein ökonomischer gewesen ist. Die Produktivität ihrer Betriebe war in den letzten neun Jahren seit 1980 um die Hälfte gesunken. Dazu kam der politische Druck von außen, seit Michail Gorbatschow 1985 Reformen für die Sowjetunion eingeleitet hatte. Zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Mai 1989 hatte er sein Urteil über Erich Honecker gesprochen: «Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben.» Am 4. November 1989 protestierte eine Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz gegen die Politik der SED. Erich Honecker als oberster Chef der DDR war schon abgesetzt, Egon Krenz sein Nachfolger als Vorsitzender des Politbüros der SED.

Nach dem Mauerfall wurde der DDR-Hoffnungsträger Hans Modrow Ministerpräsident. Immer noch ging man im Westen davon aus, die DDR würde liberalisiert weiter bestehen. Aber am 15. November 1989, eine Woche später, sagte Michail Gorbatschow in Moskau, die Wiedervereinigung sei eine interne Angelegenheit der Deutschen. Das war das Signal. Politisch Erfahrene wussten nun, das ist der Beginn der Vereinigung Deutschlands. Bundeskanzler Helmut Kohl reagierte schnell mit einem Zehnpunkteprogramm. US-Präsident George Bush, Vater des späteren George W., erklärte sich einverstanden. In Paris und London blieb man zurückhaltend und skeptisch, reagierte eher negativ. Anfang Dezember 1989 waren 300 000 auf den Straßen von Leipzig mit einem schwarzrotgoldenen Fahnenmeer, davon eine große Menge ohne DDR-Emblem. Und vor den Wahlen zur Volkskammer im März 1990 versprach Helmut Kohl einen Umtauschkurs von eins zu eins für die Mark der DDR zur westdeutschen D-Mark. Das brachte den Wahlsieg für die Ost-CDU. Lothar de Maizière wurde Ministerpräsident. Es war die Entscheidung der DDR-Bürger für die Vereinigung. Im Mai vereinbarten die Finanzminister von Bundesrepublik und DDR einen Staatsvertrag zu einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden Länder, der im Juni von Bundestag und Volkskammer bestätigt worden ist. Darin wurde der Umtauschkurs 1 zu 1 für

Löhne, Gehälter, Renten, Mieten und Pachten bestätigt. Gleichzeitig ging der Vertrag immer noch von der Weiterexistenz der DDR aus.

Dann ging es ziemlich schnell. Denn es eilte. Es drohte ein Putsch gegen Gorbatschow in Moskau. Dort wurden im September 1990 die im Mai begonnenen Zwei-plus-Vier-Verhandlungen abgeschlossen, also von Bundesrepublik, DDR und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs. Die neue Volkskammer der DDR hatte schon im Juli die Bildung von fünf Ländern auf ihrem Gebiet verabschiedet. Die konnten nun den Beitritt nach dem alten Artikel 23 des Grundgesetzes erklären. Am 3. Oktober 1990 wurde die DDR ein Teil der Bundesrepublik. Der Putsch gegen Gorbatschow kam im August 1991.

«Wie ein so offensichtlich leidenschaftlicher und aufrichtiger Reformer am 15. März 1985 Nachfolger Stalins als Chef der sowjetischen KP werden konnte, ist immer noch unklar», schreibt der englische Historiker Eric Hobsbawm in seiner Geschichte des 20. Jahrhunderts über Gorbatschow. Der blieb Sozialist bis zu seinem Rücktritt nach dem Putsch. Das war das offizielle Ende der Sowjetunion. Er wollte die Wirtschaft umbauen (Perestroika) und den Würgegriff der Partei durch offene Diskussion ersetzen (Glasnost). Aber Zensur, Kontrolle und Repression waren das Gerüst des ganzen Systems. Mit seiner Beseitigung brach im Innern erst einmal alles zusammen. Und den Satellitenstaaten wollte er nicht mehr mit Gewalt – und viel Geld – den Sozialismus aufzwingen. Dort gab er den Sozialismus auf, um ihn in der Sowjetunion zu retten, und scheiterte.

Russland unter Boris Jelzin bis zu Wladimir Putin ging über von einer Mega-Sowjetunion, die sich auflöste, zu einer immer noch riesigen «Russischen Föderation», immer noch ein Bundesstaat und größtes Gebiet der Welt mit 78 Mitgliedern und einer Verfassung von 1993. In ihr nennt es sich einfach Russland und in Artikel 1 heißt es, das Land sei ein «demokratischer föderativer Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform.»

Das Wort Rechtsstaat ist ein deutscher Begriff. Er entstand Ende des 19. Jahrhunderts und bedeutete ein Land mit einer Verfassung, deren wichtigste Teile die Gewaltenteilung – Regierung, gewähltes Parlament und unabhängige Justiz – und die Menschenrechte sein sollten. Für die Länder im östlichen Mitteleuropa wurde die Bundesrepublik mit diesem Begriff zum Vorbild mit freiheitlicher Demokratie und dem Bundesverfassungsgericht. Das gilt auch für Russland. Aber bis heute hat sich dort nicht viel verändert. Wen wundert es nach über tausend Jahren Herrschaft von Zaren und dann fast einem Jahrhundert sowjetischer Herrschaft? Anders als in den anderen osteuropäischen Ländern, die schon bürger-



Marx und Engels ratlos. Bronzeskulptur von Ludwig Engelhardt auf dem Schlossplatz (zu DDR-Zeiten: Marx-Engels-Forum), an dem heute das Berliner Stadtschloss wieder entsteht. Im Hintergrund der Palast der Republik während des Abbaus (2007).

lich demokratische Zeiten erlebt hatten, bis sie nach 1945 von Stalin erobert wurden.

Zuerst fiel **Polen** von der Sowjetunion ab. 1989 verkündete es die Marktwirtschaft und die kommunistische Partei löste sich auf. Eine lange Entwicklung. Angefangen hatte sie 1980 mit der Solidarność und Lech Wałęsa als gewerkschaftliche Protestbewegung. Schneller ging es in **Ungarn**. 1989 starb der Altkommunist János Kádár. Mit einem Gesetz des jetzt frei gewählten Parlaments wurde die neue Verfassung erlassen. In ihr heißt es «Die Republik Ungarn ist ein unabhängiger demokratischer Rechtsstaat.» Auch in der **Tschechoslowakei** gab es eine «samte Revolution» des Volkes ohne Gewalt. Im November 1989 sprach der Antikommunist Vaclav Havel vor 250 000 auf dem Wenzelsplatz in Prag und wurde im Dezember von der kommunistischen Bundesversammlung zum Präsidenten gewählt. Dann folgten freie Wahlen, aber auch Differenzen zwischen Tschechen und Slowaken. Sie endeten mit der Souveränitätserklärung des slowakischen Landesparlaments. Die neuen Verfassungen für die **Tschechische und die Slowakische Republik** wurden 1992 erlassen. Beide erklären sich im jeweils ersten Artikel ebenfalls zu demokratischen Rechtsstaaten. In **Rumänien** begann der Sturz der kommunistischen Herrschaft Nicolae Ceaușescus Mitte Dezember 1989 mit einer Demonstration in der im Wes-

ten des Landes liegenden Stadt Timoșoara (Temesvár) gegen die Versetzung eines oppositionellen Pfarrers in ein kleines Dorf. Sie wurde beendet durch bewaffnete Kräfte der Sicherheitspolizei *securitate*. Dann erschütterten die Proteste das ganze Land, auch in der Hauptstadt Bukarest. Dort mussten Ceaușescu und seine Frau mit einem Hubschrauber fliehen, wurden von Aufständischen verhaftet und nach einem sehr kurzen Prozess Ende Dezember mehr oder weniger standrechtlich erschossen. Reformkommunisten übernahmen die Macht im Land, das sich langsam einer westlichen Demokratie näherte mit der Verfassung von 1991. Auch in ihr heißt es wie in denen der anderen osteuropäischen Länder im ersten Artikel: «Der rumänische Staat ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat».

Nach dieser weit in den Osten reichenden Verbreitung des deutschen Begriffs Rechtsstaat konnte man erwarten, dass Niederlassungen von juristischen Verlagen der Bundesrepublik dort willkommen sein würden. Und so begab sich auch C.H.Beck auf den Weg nach Osten.